

Neudruck

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Regierungserklärung zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Altanschließerbeiträge

Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, eine Regierungserklärung zu den Auswirkungen des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 12. November 2015 (1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14) und den sich hieraus ergebenden Planungen der Landesregierung in Sachen Kommunalabgabenerhebung zu geben.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat in den genannten Beschlüssen festgestellt, dass die Heranziehung zu Kanalanschlussbeiträgen unter Bezugnahme auf eine sich immer wieder verlängernde Verjährung aufgrund des Erlasses neuer Satzungen nach Maßgabe des § 8 Abs. 7 S. 2 KAG gegen das Rückwirkungsverbot verstößt und die hierauf gestützten Verfassungsbeschwerden somit offensichtlich begründet sind. Diese Entscheidung hat massive Auswirkungen auf die kommunale Abgabenpraxis. Dies sowohl hinsichtlich der Einnahmemöglichkeiten, der unmittelbaren finanziellen Auswirkungen als auch der sich abzeichnenden Gesetzesänderungen. Der Beschluss benennt grundlegende politische Prinzipien der durch die Landesregierung getragenen Abgabenpraxis als verfassungswidrig. Eine Grundsatzerklärung der Landesregierung ist dringend geboten.

Péter Vida

für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe